

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller  
(einschließlich 5 Heller Porto)



ZENTRALORGAN  
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI  
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.  
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB, CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER, VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang

Mittwoch, 11. April 1934

Nr. 84

## Komplot in Bukarest halbamtlich zugegeben

Bukarest, 10. April. In den letzten Tagen tauchten während der orthodoxen Osterfeiertage, zu einer Zeit, wo die öffentliche Tätigkeit eingestellt war, in der Presse übertriebene und aufreizende Meldungen auf, die von der Aufdeckung eines ersten Komplotts (von Offizieren gegen den König!) sprachen und die zahlreiche Verhaftungen unter den höheren Offizieren meldeten. Diese Gerüchte sind nach einer halbamtlichen Darstellung „nur“ infolgedessen richtig, als gegen einige unverantwortliche Elemente, zu denen sich „auscheinend“ auch einige Subalternoffiziere gesellt hatten, die Untersuchung eingeleitet wurde. Ueber die Einzelheiten dieser Angelegenheiten wird ein offizieller Bericht nach Beendigung der ersten Untersuchung ausgegeben werden. Es müßte jedoch schon im vorhinein betont werden, daß die Angelegenheit keineswegs ernst und daß deren Wichtigkeit in den Pressemeldungen übertrieben worden sei. (Gerüchten waren derartige Berichte von amtlicher Stelle noch als völlig grundlos überhaupt dementiert worden! D. Red.)

## Berlin unangenehm überrascht

Über die englische Anfrage  
wegen des Wehrbudgets

Berlin, 10. April. Die gestrige Mitteilung des englischen Außenministers, daß er bei der deutschen Regierung Erkundigungen über ihre Rüstungen einzuziehen lassen werde, hat in Berlin unangenehm überrascht.

Der „Angriff“ schreibt, daß etwas derartige eine schreiende Ungerechtigkeit gegenüber dem deutschen Volk sei. Die deutsche Regierung werde dem englischen Außenminister schon die richtige Antwort geben können. Dieser werde dann vielleicht einsehen, daß in Deutschland eine Regierung am Ruder sei, welche die Würde Deutschlands zu wahren verziehe. Schließlich ist das Blatt der Ansicht, daß auch die deutsche Regierung das Recht habe, in London offiziell um Aufklärungen über die Zunahme der englischen Militärausgaben zu ersuchen.

Die „Vorzeitung“ führt aus, die deutschen Ausgaben seien nur für die primitivsten Erfordernisse der Sicherheit erhöht worden und die deutsche Regierung würde „unmoralisch“ handeln, wenn sie nicht für ein minimales Maß von Sicherheit vor einem Ueberfall deutschen Gebietes Sorge tragen würde.

## Reichswehr- Gleichschaltung macht schnelle Fortschritte

Berlin, 10. April. Reichswehrminister Generaloberst von Lomberg hat, wie der „Völkische Beobachter“ meldet, eine Verfügung erlassen, in der es u. a. heißt, daß das zweite Jahr der nationalsozialistischen Staatsführung

die Notwendigkeit der geistigen Durchdringung der Nation mit den Leitgedanken des nationalsozialistischen Staates

in den Vordergrund stelle. Eine entsprechende Schulung sei darum auch für die Wehrmacht wichtig, die der Hüter und Schützer des nationalsozialistischen Deutschlands und seines Lebensraumes nach außen sei.

Der Minister ordnet daher an, daß künftig dem Unterricht über politische Tagesfragen in der Wehrmacht von allen Dienststellen erhöhte Bedeutung beigemessen und gesteigerte Aufmerksamkeit zuzuwenden ist. Um eine einheitliche Durchführung des Unterrichtes über politische Tagesfragen zu gewährleisten, werde das Reichswehrministerium künftig gedruckte „Richtlinien für den Unterricht über politische Tagesfragen“ als Anhalt herausgeben.

## Anschlag auf einen österreichischen Expreszug

Zwei Tote, vierzehn Verwundete — Suche nach den Tätern

Wien, 10. April. (AN.) Der gestern um 22 Uhr 55 vom Wiener Westbahnhof abgefertigte D-Zug Nr. 117, der einen Jugoteil Salzburg—München und einen Jugoteil Passau—Frankfurt a. M.—Holland führte, ist zwischen den Bahnhöfen Österning und Marktstret bei der Haltestelle Österning entgleist. Die Lokomotive, der Dienstwagen und zwei Postwagen sind umgestürzt. Der anschließende Schlafwagen und die beiden Kurswagen nach Paris sind entgleist. Der Lokomotivführer und ein Beamter wurde getötet, 14 Personen, alle Österreicher, darunter sechs Postbedienstete, wurden verletzt. Sie wurden in die Spitäler nach Wels und Linz überführt.

Österning, 10. April. Die Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen hat eine Prämie von 5000 Schilling für die Feststellung der Täter des Eisenbahnunglücks bei Österning festgesetzt. Obgleich die polizeilichen Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind, wird jetzt auch von den amtlichen Stellen mitgeteilt, daß mit dem Vorliegen eines Anschlages gerechnet werden müsse. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Auch das Reutersbüro meldet, daß der Unfall des Expreszuges auf einen Sabotageakt zurückzuführen ist.

Das Deutsche Nachrichtenbüro bringt Einzelheiten über das Eisenbahnunglück. Es handelte sich um einen D-Zug Wien—Paris.

Das Unglück geschah dadurch, daß die Eisenbahnschienen auf einer längeren Strecke abgegraben und über den Bahngraben geworfen worden waren. Der D-Zug fuhr in der Dunkelheit mit ungeheurer Wucht über die Stelle hinweg, so daß die Lokomotive und zwei Personenwagen vollständig zertrümmert wurden und drei weitere Personenwagen entgleisten.

Die Lokomotive liegt auf dem Bahnhöfen, die Räder ragen in die Luft. Der Kurwagen, der stark beschädigt ist, hängt am Bahndamm. Kurz vorher hatte noch ein Zug die Strecke durchfahren. Die Lokomotive stürzte zu-

erst mit dem Tender um. Die nachfolgenden wurden ineinandergeschoben, Eisenstücke zerplitterte, die Holzbohlen eingedrückt. Nur drei Wagen des Zuges blieben auf dem Geleise stehen.

Infolge der Dunkelheit trafen die Hilfsmagneten auf große Schwierigkeiten. Der Heizer des Zuges wurde nach der Entgleisung von den abfallenden Kohlenmassen erdrückt und ertrank unter dem Kohlenberg. Der Lokomotivführer ist so schwer verletzt, daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

Ein größeres Unglück ist nach Auffassung der Behörden nur dadurch verhindert worden, daß die schwere Lokomotive und die beiden folgenden Postwagen an der Spitze des Zuges sofort entgleisten und dadurch der Zug zum Stillstand kam. Während der Entgleisung waren in den beiden Postwagen 16 Postbeamte tätig.

Es ist festgestellt, daß an der Unglücksstätte schon zweimal Anschläge auf die Westbahnstrecke vorgekommen sind, die bisher nur dank der überaus großen Wachsamkeit der dort tätigen Weichenwärter verhütet werden konnten.

## Eine Verhaftung

Die Polizei hat nun den Hilfsarbeiter Baumgartner verhaftet, der im Verdachte steht, an dem Anschlag beteiligt zu sein. Baumgartner soll auch mit den Anschlägen, die im Herbst 1932 und im Frühjahr 1933 auf Eisenbahnzüge verübt worden waren, im Zusammenhang stehen.

## Die Fahne der Internationale gerettet

Ein neues Bravourstück der  
illegalen Sozialdemokratie Wiens

Prag, 10. April. Das teuerste Symbol der Wiener und österreichischen Arbeiterschaft, die Fahne der Internationale, ist unter abenteuerlichen Umständen den Klauen des siegreichen Faschismus entziffen worden. Auf wochenlangen gefährlichen Umwegen ist sie nun wohlbehalten bei der Auslandsvertretung der österreichischen Sozialdemokraten in Brünn eingetroffen.

Die Fahne war im Jahre 1924 von Vertretern der Internationale anlässlich einer großen Massendemonstration auf dem Sportplatz Hohe Warte — wo in den blutigen Feiertagen die Artillerie positioniert war, welche den Karl-Marx-Hof bombardierte — der Wiener Arbeiterbewegung als Ehrenzeichen anvertraut worden. Seither stand dieses Banner bei vielen internationalen Kundgebungen, zuletzt anlässlich des Aufmarsches der proletarischen Weltolympiade vor dem Wiener Sozialistenkongress 1931, im Mittelpunkt begeisterter Kundgebungen.

Bei den Feiern verließ die Fahne in einem von Polizei und Militär gestürzten Arbeiterheim zurück. Unmittelbar nach den Kampftagen reifte bei einer Gruppe sozialdemokratischer Arbeiter der Entschluß, dieses teure Kleinod um jeden Preis den Händen der Sieger zu entreißen. Durch Einsatz von List und Verwegenheit ist es dann tatsächlich gelungen, aus dem besetzten Gebäude heraus das Banner der Internationale zu bergen und auf den Boden eines freien Landes in Sicherheit zu bringen. Soweit die Details dieses waghalsigen Streiches heute schon preisgegeben werden dürfen, wird darüber noch ausführlich berichtet werden.

Die Fahne der Internationale befindet sich derzeit in Obhut der Auslandsvertretung des republikanischen Schutzbundes und sie wird anlässlich der bevorstehenden Feiern Gegenstand besonderer Auszeichnungen der sozialdemokratischen Arbeiter der Tschechoslowakei sein.

## In Kalkutta noch nie dagewesen...

Ein Mohammedaner Bürgermeister.

Kalkutta, 10. April. Bei der heutigen Bürgermeisterwahl in Kalkutta wurde zum erstenmal seit dem Bestande der Stadt ein Mohammedaner zum Bürgermeister gewählt. Dieses Wahlergebnis rief einen großen Aufruhr hervor, in dessen Verlauf viele Mitglieder der Stadtverwaltung den Sitzungssaal verließen. Zum Vizebürgermeister wurde ein Hindu gewählt.

## Sowjetgesandter in Budapest

Budapest, 10. April. Der neuernannte Gesandte der Sowjetunion Petrovskij, hatte gestern abends mit dem Ministerpräsidenten Gömbös eine einstündige Unterredung.

## Verbesserung der Demokratie?

Kaum jemals in einer anderen Zeit wurden die politischen Systeme einer Reihe von Ländern einer so grundlegenden Reform unterzogen und in ihr gerades Gegenteil verkehrt, wie in den letzten Jahren. Ueberhaupt gibt es kaum ein Land, in dem nicht gewisse Gruppen bestrebt wären, die Frage der Abänderung der Formen des politischen Lebens und mehrfach sogar der Verfassung auf die Tagesordnung zu setzen. Das geschieht inmitten der schwersten Wirtschaftskrise, von der das kapitalistische System seit seinem Bestande heimgesucht wird und die die Interessen dieses Systems eigentlich veranlassen müßte, ihre Kräfte statt auf die Durchführung politischer Reformen auf Versuche zur Beseitigung oder doch Milderung der Krise zu konzentrieren.

Es ist längst kein Rätsel, warum gerade in einer Zeit der Wirtschaftskrise und des größten Massenelends politische Systemänderungen aktuell zu machen versucht werden. Die großen Massen sind unzufrieden, vielfach verzweifelt, sie suchen nach dem Schuldigen der zerstörten oder erschütterten Grundlagen ihrer Existenz. Es gilt, sie von dem wahrhaft und einzig Schuldigen, dem Kapitalismus abzulenken, darum werden sie mit allen Mitteln einer gerissenen Kellame auf die Demokratie und den Parlamentarismus als Urheber ihres Unglücks hingelenkt. Alle Versuche, die Wirtschaftskrise zu überwinden, sind gescheitert und auch für die Zukunft wird man ihnen kaum eine bessere Prognose stellen, vorläufig glaubt der Kapitalismus das einzige Mittel seiner Errettung in der Rechtsmachung und Unterdrückung der Volksmassen erblicken zu können.

Ebenso wenig wie anderswo ist auch bei uns bereits alles geistlich, um die durch die Krise in das Nichts geschleuderten Menschen in den Arbeitsprozess zurückzuführen und die Arbeitslosen vor dem ärgsten Hunger zu schützen, aber doch halten manche Leute dafür, es gäbe nichts Dringlicheres zu tun, als eine Änderung der Struktur unseres bisherigen politischen Lebens, das ist eine Abänderung der Wahlordnung. Es gibt nichts Vollkommeneres in der Welt, auch die Wahlordnung des tschechoslowakischen Staates mag ihre Mängel haben, doch wird niemand leugnen, daß die Formen unserer Demokratie nicht dazu beigetragen haben, dem Staate größere Schwierigkeiten zu bereiten, daß er vor Erschütterungen gewahrt geblieben ist und daß die Regierungen, die sich auf dieses System stützen, eine Stabilität aufweisen konnten, die sich mit jener vieler anderer Staaten wohl messen kann. Die politische Geschichte des bald sechszehnjährigen Bestandes der Tschechoslowakischen Republik läßt einen Wechsel oder eine Korrektur der politischen Formen keineswegs als eine Lebensfrage des Staates oder Volkes erscheinen.

Seitdem sich unsere Demokratie gegen ihre Widersacher entschieden zur Wehr gesetzt hat, wagen sich offene faschistische Bestrebungen nicht mehr unbehindert ans Tageslicht. Die deutschbürgerlichen Parteien haben darum ihre eine zeitlang eifrig betätigte heiße Liebe für den Faschismus irgendeiner Couleur noch nicht ausgegeben und jede Annäherung an faschistische politische Entrechtungsmethoden erschiene ihnen willkommen, ohne Rücksicht darauf, ob dabei die nationalen Interessen des sudetendeutschen Volkes in schwerer Gefahr gerieten. Auch auf tschechoslowakischer Seite fehlt es nicht an Bewunderern der italienischen, deutschen und österreichischen Methoden, ohne Rücksicht auf das Bedenken, welches Ende einstens diese Systeme, die heute allerdings jedem gewissenlosen Ausbeuter als paradiesisch erscheinen müssen, in der Zukunft nehmen werden. Jedenfalls möchten deutsche und

tschische Reaktionäre von der gegenwärtig durch die Welt gebenden faschistischen Welle so viel wie möglich profitieren. Darum und nur darum finden sie eine Änderung unseres Wahlsystems jetzt besonders zeitgemäß.

Doch es sprechen von politischen Änderungen auch linksorientierte Politiker. Ob und inwieweit hier das Bestreben überwiegt, den Reaktionsdemagogen Agitationswaffen aus der Hand zu schlagen, sei nicht untersucht. Wäre dies der Fall, so wäre die Auffassung ein arger Trugschluß, einer demagogischen Hehe würde am besten dadurch die Schärfe genommen, wenn man ihre Parolen zum Teil in eigene Regie übernimmt. Dabei soll durchaus nicht bestritten werden, daß die Argumente, mit denen von links eingeleiteter Seite auf eine Änderung unseres Wahlsystems hingearbeitet wird, durchaus noch auf der Linie der Demokratie gelegen sind. Es wird sogar behauptet, daß die verlangten Reformen eine Verbesserung der Demokratie, eine Hebung ihrer Volkstümlichkeit und ihre stärkere Verankerung im Verständnis und Willen der Bevölkerung bedeuten würde. Die Einwände gegen das heute Bestehende, die demokratische Idee sei nicht in der ganzen demokratischen Welt gleichermäßen in denselben ewigen und unabänderlichen Formen verkörpert, hat sicher Berechtigung. Auch andere Staaten sind als demokratisch anzupreisen, obwohl sie nicht in allen Einzelheiten das Wahlsystem haben, wie es bei uns gilt. Der Beweis für die Aktualität einer Reform in dieser Richtung erscheint aber damit noch nicht erbracht. Das Ansehen, das unter Parlament in der Bevölkerung genießt, ist gegenüber früher ein gesunkenes. Das liegt vor allem daran, daß es keine durchgreifende Hilfe bringen, den Menschen nicht grundlegend sichere und bessere Lebensbedingungen schaffen kann, was ja auch andere politische Systeme nicht vermögen. Zum Teil ist die Ursache des gesunkenen Ansehens auch in gewissen technischen Mängeln des Parlamentarismus zu finden. Es wird genug gesprochen, aber lebendige Debatten, in denen die Weltanschauungen aufeinander stoßen und die allgemeines Interesse wecken, sind rar. Eine Budgetdebatte beispielsweise in vierfacher Wiederholung wirkt draußen im Lande alles eher als fesselnd und reizvoll. Gewiß, es gibt auch Sündenbockfehler in unserer Wahlordnung — und was gibt es auf dem weiten Erdenrund, das nicht verbesserungsfähig zu nennen ist! In der Richtung einer Reform unseres parlamentarischen und politischen Lebens ließe sich allein schon durch gewisse technische Maßnahmen das augenblicklich Notwendige tun. Im übrigen sollte jedoch keinen Augenblick die Gefahr außer acht gelassen werden, die darin liegt, sei es auch in gutem Glauben, in einer Epoche der Gegenrevolution mit gutem bei dem eifervollen Bemühen, wirkliche und eingetragene Ungleichheiten unseres Wahlsystems aufzuheben und, obwohl es hinreichend besseres zu tun gibt, ihre Änderung zu betreiben. Was dabei faktisch herauskommen dürfte, das kann unter Umständen ganz anders aussehen, als eine „Verbesserung der Demokratie“, wie sie von den Wohlmeinenden angelehrt wird.

# Ein Held vor den Richtern

## Bestraft die Mörder im Frack!

Die „Arbeiterzeitung“ schreibt:  
 „Am 5. März war vor den Magener Richtern des verbotenen Kärntner Volksblattes, des Vergehens der Aufreizung angeklagt, weil er in einer Versammlungsrede im Oktober 1933 für den Fall eines faschistischen Staatsstreiches zum bewaffneten Aufstand aufgefordert habe. Ueber die Gerichtsverhandlung berichtet die Karlsruher „Volksstimme“:  
 Podlipnig verantwortete sich, er sei stets bemüht gewesen, den Arbeitern begreiflich zu machen, daß man nicht den einzelnen Gendarmen entgegenstehe, sondern den Kampf gegen die Schuldigen oben führen müsse. Ja, wenn es möglich wäre, die Mörder im Frack zu erwischen, dann hätte er in jeder Versammlung zur Gewalttätigkeit gegen sie aufgefordert.  
 Vorsitzender: Wen meinen Sie unter den Mördern im Frack?  
 Podlipnig: Die Mitglieder der Regierung, Volkspolizei und ihre Hintermänner.  
 Staatsanwalt: Ich behaupte die Anklage auf diese Beleidigung der Regierung aus.  
 Podlipnig: Wenn jede vom Gesetz verbotene Handlung bestraft werden muß, warum werde dann nur ich angeklagt? Warum nicht Volkspolizei und Jen, die die Verfassung gebrochen haben? Wenn sie nicht zuerst ein Verbrechen begangen hätten, wären auch meine verbotenen Handlungen nicht geschehen.  
 Podlipnig erklärte weiter, daß er Zeugen geführt und die Denunziation entlarvt hätte, wenn der Prozeß vor dem 12. Feber gewesen wäre. Jetzt aber wolle er sich nicht um einen Preispruch bemühen. In einer Zeit, in der tausende Arbeiter und Vertrauensmänner in den Kerker geworfen werden, kämpfe er nicht um einen Preispruch, sondern um die Wahrheit.  
 Podlipnig wurde von den Geschworenen einstimmig freigesprochen. Doch wird er wegen der Äußerung, die er in der Gerichts-

verhandlung gemacht hat, neuerlich angeklagt. —  
 „Grüß dem mutigen jungen Kämpfer!“

### Die Buchdrucker gegen die Einheitsgewerkschaft.

Die Versuche, die Arbeiter für die Einheitsgewerkschaft zu gewinnen, stoßen auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Im Buchdruckerberuf haben alle größeren und mittleren Betriebe Wiens mit einziger Ausnahme des von der Faschistenregierung getöhlten „Vorwärts“-Betriebes den Beitritt zur Einheitsgewerkschaft abgelehnt.

### Eine Versammlung der Wiener Straßenkehrer.

Am Sonntag, den 25. März, fand im Hernaleser Brauhaus eine Versammlung der Fachgruppe der Straßenkehrer der Gemeinde Wien statt. Der Redner, Gemeinderat Stöger, begann mit der Feststellung, daß Wien „nun endlich unter Annoncendruck von der Nazifaschistenbrut befreit worden sei“ — tosende Pfirsiche antworteten dem verdutzten Redner. Da dieser Text keinen Anklang fand, versuchte er Stöger nun mit der Versicherung, die neue Verwaltung werde mit den alten Nihilisten gründlich aufräumen. Der Bundeskommissar Schmitz wolle alle Personalfragen toleranter und gerecht behandeln. Die Antwort der Versammlung war „Hoch Burgemeister!“ — die Ovationen für Stöger dauerten einige Minuten. Die wenigen, die anderer Meinung waren, trauten sich nicht, sich zu äußern. Der Redner beendete dann sehr rasch seine Ausführungen und verließ unter eifrigem Schreien den Saal — „zu seinem Glück“, sagte ein Genosse, der dabei war, „sonst wären ihm am Ende noch ein paar Bierkrüge nachgeschlagen“. Die anwesenden Kriminalpolizisten zogen es vor, Amtshandlungen zu unterlassen.

## Senat

Prag, 10. April. Der Senat war — wie sich jetzt herausstellt, etwas verfrüht — für heute zu einer Sitzung einberufen worden. Da neue Regierungsvorlagen jedoch noch keineswegs vorliegen, begnügte sich das Haus mit der Abwägung der nicht allzu wichtigen Tagesordnung und vertagte sich sodann wieder, voraussichtlich bis zur übernächsten Woche.  
 Zur Debatte hand der Parlamentsbeschluss auf Errichtung — besser gesagt Verstaatlichung — der bereits bestehenden evangelisch-theologischen Fakultät in Přebkura. Der deutsche Christlichsozialer Dr. Fieffe sprach sich für die Vorlage aus, verlangte aber gleichzeitig, daß die Erlasse aus der Amtszeit, durch die die Religionsstudien in den Schulen herabgesetzt und die obligatorischen religiösen Übungen der Schüler aufgehoben wurden, nunmehr wieder kassiert und der Status quo (aus dem alten Österreich) wieder hergestellt werde. Sein Ideal bleibe immer die konfessionelle Schule. Der tschechische Nationalsozialist Mertl setzte sich für die Errichtung einer analogen Fakultät für die tschechoslowakische Kirche ein, während ein Slovake wieder die Verwirklichung einer slowakischen katholischen Fakultät in Přebkura forderte.

Der Senat genehmigte sodann auch noch das Massagesetz, das dem Mißbrauch der Koffage zur Prostitution steuern soll.

Vor dem Plenum hatte u. a. der Verfassungsausschuss getagt, der einen nationalsozialistischen Entwurf einer Novelle zum Antikorruptionsgesetz vom Jahre 1921 einem Subkomitee zur meritorischen Verhandlung zuwies. Dem Subkomitee, das bereits in den nächsten Tagen zusammentreten soll, gehört u. a. auch Genosse Dr. Heller an.

Von Regierungseite wurden die schon bekannten Gesetzentwürfe über den Zwang für Angehörige der Armee und über Kollektivleistungen bei der Einfuhr von Maschinen aufgelegt.

Betriebsrätemahlen bei Skoda. Gestern fanden die Wahlen in den Angestellten-Betriebsauschüssen der Skoda-Werke statt. Von 1816 gültigen Stimmen, erhielten die nationalsozialistische Liste 1201 Stimmen, d. h. 66,1 Prozent und 8 Mandate (im Vorjahre 65,67 Prozent), der sozialdemokratische Einheitsverband 399 Stimmen, d. h. 22,2 Prozent und 3 Mandate (24,08 Prozent) und die nationaldemokratische Liste 16 Stimmen, d. h. 11,9 Prozent und ein Mandat (9,35 Prozent).

## Nationale Front

Neue Form der faschistischen Organisation.

Wie das „Národní Svobozenci“ meldet, haben am Samstag und Sonntag Beratungen kleiner faschistischer Gruppen stattgefunden, die sich in einer gemeinsamen Organisation der „Národní fronta“ (nationale Front) zusammengeschlossen haben. Der Mittelpunkt dieser faschistischen Front bleibt weiter die nationale Faschistengemeinde G a j d a s, die in einer besonderen Ausgabe ihres Blattes „Pravda“ nachdrücklich feststellt, daß sich durch die Vereinigung „an der inneren Struktur und am Programm der Bewegung nichts geändert hat“. Die neuen Gruppen, die zur faschistischen Gemeinde dazugestoßen sind, sind die radikale Weinberger Gruppe der Nationaldemokraten unter Führung von L o s e r und D u š e k, weiter irgend eine konservative Tischgesellschaft, die geführt wird von dem faschistischen Herikalen Dr. K e t n e r, eine Gruppe des Redakteurs der „Národní Posilka“ Prof. K i l o l a u s und des ehemaligen nationaldemokratischen Abgeordneten Prof. M a r e š. Dieser wurde auch zum Vorsitzenden der Nationalen Front gewählt, während der amtierende Vorsitzende-Stellvertreter Gajda ist. Nicht aufgenommen wurde in die Nationale Front die Liga Stibrenys und zwar deswegen, weil sie auch Juden zu Mitgliedern zählt. In dem Programm der Nationalen Front wird das italienische Korporationssystem vertreten, die privatkapitalistische Ordnung wird anerkannt, dem Sozialismus und Genossenschaftswesen wird der Kampf angelegt. Den Beamten wird versprochen, daß alle national unverlässlichen sowie alle umstürzlerischen Elemente aus ihren Reihen werden entfernt werden.

## Neue Handelsabkommen

Mit Rumänien und Holland.

Im Zuge der Handelsvertragsverhandlungen, welche die Tschechoslowakei gegenwärtig mit mehreren Staaten führt, ist es mit Holland und Rumänien diese Tage zum Abschluß gekommen. Mit Holland wurde am 9. April im Haag ein Zusatzabkommen zum Handelsvertrag von 1933 unterzeichnet, womit der Tschechoslowakei gewisse Zollnachlässe zuerkannt wurden, während dieser Zollermäßigungen bei Braugerste, Malz und Schinken zugesprochen wurden. Das Abkommen tritt mit 1. Mai in Kraft. Die Verhandlungen mit Rumänien sind auf der Grundlage abgeschlossenen worden, daß die für das erste Quartal 1934 vereinbarten Kontingente auch im zweiten Quartal unverändert bleiben. Im Kompensationsgeschäft wurden einige Erleichterungen geschaffen. Lieferungen nach Rumänien im Werte von höchstens 5000 Kc können ohne Kompensationen erledigt werden. Für den Fremdenverkehr wurde ein Clearing von 6 Millionen Kc vereinbart.

## „Deutsche Arbeitergewerkschaft“

Sonntag fand in Prag eine Konferenz des Fachverbandes „Solidarität“ statt, in der beschlossen wurde, unter dem Namen „Deutsche Arbeitergewerkschaft“ einen Gewerkschaftsverband zu gründen. Der Sitz des neuen Verbandes wird G a b l o n z, der Vorsitzende der Reichsvereinsigung ist der feinerzeit aus der nationalsozialistischen Partei ausgeschlossene Oberst F a h r n e r in Prag, der Obmann des Aufsichtsrates ist L i n d e n t h a l, G a b l o n z. Der Vereinigung wurde, wie auf der Konferenz berichtet worden ist, der Genuß des Genet Systems zuerkannt.

A. M. de Jong:

## Verschlungene Pfade

### Ein Roman in vier Episoden

Autorialerie Uebersetzung aus dem Holländischen von E. R. Fuchs.

Auch der König war sehr gealtert. Seine schlanke Gestalt in der farbenprächtigen, aus bestem Tuch geschneiderten Felduniform war leicht gebeugt und seine grauen Augen hatten ihren hoffärtigen Blick verloren. Sie schienen glanzlos und traurig. Doch sobald die Sitzung eröffnet wurde, richtete er sich straff auf, beherrschte sich mit aller Gewalt und sah dem Präsidenten des Kriegsrates furchtlos ins Auge. Es war ein hartes, verästeltes Antlitz, in das er blickte: das Gesicht eines Mannes, der taglang alles Leid zu ertragen gewußt, der nie geschont worden und niemand geschont hatte und der entschlossen war zu tun, was er für Recht hielt, jetzt wie immer, sein ganzes strenges, hartes Leben lang. Das Antlitz eines unbeweglichen Revolutionärs, bereit, alle Entbehrungen auf sich zu nehmen und das härteste, schmerzhafteste, unangenehmste Wert für seine Ideale zu verrichten... die tiefsten Entbehrungen, die größtenteils Schmerzen durchzuhalten... Der Angeklagte ließ unwillkürlich seinen Blick über die anderen Mitglieder des Gerichtes schweifen... Sie hatten etwas wunderlich Gemeinsames, alle dieses harte, durchfurchte Gesicht, den fest geschlossenen Mund mit dem Ausdruck verdrissenen Schmerzes, eigenartige, lächelnde Augen mit einem gutmütigen und doch schauderbar entschlossenem Blick... Er wußte, wer diese Männer waren. Daß sie alle autonomlos zu den Scharfsinnigsten und Tapfersten, den Fähigsten und Hartnäckigsten gerechnet werden mußten. Daß sie alle eingeleitet ge-

wesen oder unter seiner Herrschaft Zwangsarbeit verrichtet. Schwer war seine Hand auf ihnen gelegen. Nun waren die Rollen vertauscht... Er erwartete keine Milde von ihnen, keinen Edelmut, kein Recht nach seinen Begriffen. Er war Vorgesetzter, hatte den langen, zähen Kampf verloren. Er wußte, daß er nun seinerseits die Rechnung würde bezahlen müssen und für den grundlegenden Fehler mit seinem Leben büßen: daß er es nicht verstanden hatte, ihnen zu entkommen... Die Hauptsache war nun, seine Schwäche zu zeigen, nicht minder als sie vordem bereit zu sein, für seine Überzeugung einzustehen und für sie letztendlich in den Tod zu gehen... Die Galerien waren zum Bersten voll, Männer und Frauen durcheinander. Viele grimmiige Blicke voll Haß und Schadenfreude suchten die lächelnden, grauen Augen des königlichen Angeklagten. Da stand er nun, der Tyrann, der gestrenge Gebieter, dem menschliches Mitleid fremd gewesen... verloren!... Das Antlitz der Welt hatte sich verändert. Das verachtete Volk war emporkommen und hielt mit den Mächten des alten Systems, die jedoch nicht glauben wollten, daß ihre Zeit für immer vorbei, und in vermessener Übermut das endlich befreite Volk wieder in Fesseln legen wollten... Dieser herrschsüchtige Ex-Gebieter mußte für seine Schandtat büßen und der ganzen Welt gegenüber würde die souveräne Volksrepublik beweisen, daß sie zu richten wagte auch über den Höchsten, der ihr Ansehen und ihre Sicherheit anzutasten sich erlaubte. Es war grabesstill, als der öffentliche Ankläger mit scharfer, deutlich verständlicher Stimme die Anklage verlas. Der Angeklagte, Ex-König dieses Landes, hatte sich mit bewaffneter Gewalt gegen die neue, vom Volk rechtlich anerkannte Regierung erhoben; mit fremden Soldaten und reaktionären Elementen des Inlandes hatte er den Staat überfallen; fremdes Geld hatte seine Aktion gestützt, was aus mehr als einem Dokument hervorging, das bei der Gefangennahme des Angeklagten gefunden

wurde; durch Telegramme und Briefe in Schlüsselschrift war er während des Feldzuges mit den feindlichen Elementen des Auslandes in Verbindung gestanden, hatte Auskünfte erteilt und Befehle für neue Aktionen erlassen. Es war nicht möglich, alle Brücken seiner Verbindungen klar aufzugraben, weil überall Strohmänner und fingierte Nonnenionen die wirtschaftlichen Geldgeber und Interessenten verbargen, und der öffentliche Ankläger wollte sich übrigens wegen auf der Hand liegenden Tatsachen nicht in überflüssige Betrachtungen verlieren. Aber sonnenklar war, daß der Angeklagte sich des Hochverrates und der Spionage schuldig gemacht hatte. Als er schwieg und sich setzte, fragte der Präsident, ob sich der Angeklagte der ihm zur Last gelegten Taten schuldig bekenne. Klar und hell antwortete des Königs Stimme: „Nein.“ Blödsinn erhob sich drohendes und spöttisches Geschrei auf den Tribünen, die mit ungeheurer erregten Männern und Frauen besetzt war. Hohngeächter, Schimpfworte, Beleidigungen flogen durch den Saal. Der Präsident schwang die Glode und blickte streng und mißbilligend um sich. Als sich der Lärm gelegt hatte, ließ sich seine gewichtige, ernste Stimme vernehmen. „Anerkennen, ich bitte um Stille und Ruhe. Hier wird Recht gesprochen und keine Volksversammlung abgehalten. Wer der Sitzung beiwohnen will, muß schweigend zuhören. Wer das nicht kann, den werde ich von den Soldaten entfernen lassen.“ Leises Murren hieß hoch, aber er läutete aufs Neue und winkte den roten Soldaten am Eingang, die sich schweigend, doch vielsagend auf die Galerie verteilten. Es wurde still. Ohne Erregung fragte der Präsident: „Zeugnet der Angeklagte, daß er an der Spitze bewaffneter Truppen ins Land eingebrochen ist?“ „Nein, das leugne ich nicht.“

„Daß er telegraphisch und durch Kuriere mit seinen Freunden im Ausland in Verbindung gestanden, die sich ebenso wie er eifrig bemühten, die gegenwärtige Staatsform zu stürzen.“ „Auch das nicht.“ „Zeugnet der Angeklagte, daß der Zweck seines bewaffneten Einfalles war, die jetzige Regierung zu stürzen, die Republik aufzulösen und die monarchische Regierungsform wieder einzurichten?“ „Ebenso wenig.“ „Bekannt der Angeklagte, daß die Gelder, die er für seinen Einfall nötig hatte, wenigstens teilweise aus ausländischen Quellen stammten?“ „Es war das Geld getreuer Anhänger der Monarchie.“ „Das ist eine ausweichende Antwort. Befanden sich unter den getreuen Anhängern vielleicht ausländische Regierungen, ihre Vertreter oder wenigstens ausländische Finanziers?“ Der Angeklagte sah ihn fest an und antwortete lächelnd: „Ich verweigere auf diese Frage die Antwort.“ „Das ist ihr gutes Recht“, stimmte der Präsident zu, mit der Glode ein langgedehntes „Aha!“ der Galerien unterdrückend. „Doch ich bin nicht der Meinung, daß diese Antwort Sie entlastet oder dem Kriegsrat ein günstigeres Urteil abzwingt. Wollen Sie nicht lieber eine gerade Antwort geben?“ „Nein.“ „Ganz wie Sie wollen... Sie haben Spür für Stück die Beschuldigungen des öffentlichen Anklägers zugegeben... Was Sie bekannt haben, ist und wird stets als Landesverrat und Spionage gewertet. Und doch leugnen Sie, dieses Verbrechen schuldig zu sein?“ „Das leugne ich.“ (Fortsetzung folgt.)

# Helfer der Reaktion

Aus vielen Gebieten kommen seit zickel einem Jahre Beschwerden über das Verhalten der deutschen Lehrerschaft gegenüber den Angehörigen der Schülerabteilungen unserer Arbeiter-Turn- und Sportvereine. Es ist direkt rührend, zu hören, mit welchem Fleiß Lehrer und Schulbehörden in Erläuterungen heruntersinken, um die sie sich jahrzehntelang nicht gekümmert haben, um nur irgend etwas zu finden, mit dem sie gegen die Arbeiterturner vorgehen können.

Die sozialistische Arbeiterabteilung hat im Laufe der jahrzehntelangen Kämpfe nicht zuletzt der freien Entwicklung der Schule, insbesondere der Volksschule, gedient, aber auch mit aller Kraft mitgeholfen, die Lehrer zu einer freien Berufsstufe zu machen.

Trotzdem sind die meisten der Lehrer und — selbstverständlich — Mädechen seit Jahren freiwillige Helfer der bürgerlichen Turnbewegung gewesen und haben auf der anderen Seite die Entwicklung des Schülerturnens im Arbeiter-Turn- und Sportverband mit Ausdauer und Hutz zu hindern gesucht.

Zeit einiger Zeit — der Zeitpunkt fällt annähernd mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutze der Demokratie zusammen — ist ein großer Teil der Lehrer und Schulbehörden besonders eifrig. Wir glauben wohl nicht fehlzugehen, wenn wir behaupten, daß hier wahrscheinlich über sanften Druck der deutschen Turnvereine, von denen auch einige Vereine, die sich nationalsozialistisch betätigt haben, eingestellt wurden, ein förmlicher Feldzug gegen die verdächtigten Arbeiterturner und die Kinder der Arbeiter, die sich in den Arbeiter-Turnvereinen Gesundheit, Kraft und Freude holen wollen, entbrannt ist.

Hier nimmt die deutsche Lehrerschaft im Verhältnis zu den tschechischen Lehrern, welche die Entwicklung des Kinderturnens in den tschechischen Arbeiter-Turnvereinen begünstigen und fördern, eine ziemlich üble und unmoderne Haltung ein. Auch sie müßte es ja begrüßen, daß das leistungsmäßigste Schulturnen durch die fleißige Arbeit der Arbeiter-Turnvereine wertvolle Ergänzung findet und gefördert sein. Aber die Gesundheit der Kinder gilt hier wahrscheinlich nichts, um so mehr der Hutz gegen alles, was sozialistisch ist.

Wir werden demnächst dem Schulministerium das Gesamtmaterial vorlegen. Einiges werden wir jedoch heute schon hier festnageln.

Da haben wir den Herrn „Pfarrvikar“ Rusialek in C. Zeiden. Als er erfuhr, daß Mädchen bei einer Weihnachtsfeier des Aus geturnt haben, sagte dieser Diener Gottes: „Ich verbiete euch, in den Aus zu gehen, sie glauben nicht an Gott. Wenn ihr dorthin turnen geht, wird euch der liebe Gott nicht mehr gern haben.“ Ferner sagte er: „Ich gebe euch lieber die drei Kronen und geht ins Freizeiten, nur in den Aus geht mir nicht.“ Später sagte derselbe Herr: „Im Aus spricht man schlecht von Gott, der liebe Gott wird an euch nicht denken und über euch weinen, wenn ihr dorthin turnen geht, wo man von ihm schlecht spricht. Bringt mir übrigens die Blätter („Klingelreihen“), die ihr dort ausgeteilt bekommt, in die Schule.“

Da hört sich denn doch schon verschiedenes auf. Wir glauben, daß der liebe Gott eher über den Herrn Rusialek weinen wird als über unsere Kinder.

In Haslau frag der Pfarrer die Kinder, wer in der Kirche war. Das geht übrigens den Herrn Pfarrer gar nichts an, weil ja der Kirchenbesuch freiwillig ist. Als er erfuhr, daß einige Kinder in der Turnprobe waren und nicht in der Kirche, da schimpfte er: „Ihr seid ein Sauberein, ein Schandverein, euch wird alle noch der Teufel holen!“ Und ähnliches mehr.

Ähnliche Fälle haben wir in manchen anderen Gebieten. Dieser Sorte Mädechen wird noch begrifflich gemacht werden, was Religionsunterricht ist und was Heberei.

In Freiheit-Marschendorf darf ein Junge nicht mehr zu uns turnen gehen, weil er eine 1 aus Turnen erhielt. Der Grund? In der Schule erhalten die Schüler die Aufgabe, eine Zeichnung nach dem Gedächtnis zu machen. Unser Turnschüler zeichnet eine Schar Aus-Turner, die durch eine Ehrenpforte zieht, Turner mit Aus-Dreiecken auf dem Leibchen und oben die Inschrift „Freiheit!“. Darüber hat der Herr Lehrer s i l l e schnell das Wort „Stadt“ geschrieben und der Junge hat aus Turnen eine 4 daraufgepelzt bekommen. Haben es die Aus-Dreiecke dem Herrn Lehrer angetan oder die zwei Staatsflaggen, die der Junge auch auf das Bild gemalt hat?

Im Brüger Bezirk hat man in einem Orte das Kinderturnen wegen Infektionskrankheiten eingestellt. Die Schulen jedoch wurden nicht gesperrt. In vielen Orten will man die Kinder hindern, an Führerführungen und dergleichen teilzunehmen. Kurz, aus allen Gegenden kommen Berichte über Schikanen aller Art, die klar erkennen lassen, daß hier wahrscheinlich nach einer festen Direktive gearbeitet wird. Politischer Kampf in der Schule!

Interessant ist, daß diese Lehrer und Schulbehörden die getarnten Nazi-Turnvereine schon in Ruhe lassen und sich nur auf die Arbeiter-Turnvereine stürzen, die Arbeiter-Turnvereine, die sich positiv zum Staate eingestellt haben, sektieren, während die deutschen Turnvereine sich des Wohlwollens diverser Herrschaften erfreuen.

Es ist höchste Zeit, daß dem Treiben dieser Elemente Einhalt geboten wird. S. M.

# Erhöhte Sicherheit

## durch wirtschaftliche Sanktionen gegen den Angreifer

London, 10. April. Das Reuters-Büro erfährt, daß kein neuer Abrüstungsplan besteht. Die Lage sei die, daß nach der kürzlichen Korrespondenz zwischen der französischen und der britischen Regierung die letztere nicht unbereit sei, an einige neue Garantien für den Fall zu denken, daß die Abrüstungskonvention verletzt würde oder derjenige, der die Konvention verletzte, zu einer Wiedergutmachung nicht bereit wäre.

Wie verlautet, hätten die gegen eine solche Verletzung der Konvention zu ergreifenden Maßnahmen vielleicht finanziellen und wirtschaftlichen Charakter.

# Genfer Verhandlungen nochmals vertagt

Genf, 10. April. Wider alles Erwarten endeten die heutigen Beratungen des Präsidiums der Allgemeinen Abrüstungskonferenz nach dreieinhalbstündiger Debatte bereits heute Abend und es wurde ohne größere Schwierigkeiten vereinbart, daß das Konferenzbüro, falls es sich als notwendig erweisen würde, Ende April, sonst erst am 2. Mai wieder zusammentreten soll.

Der Hauptauschuss der Allgemeinen Abrüstungskonferenz soll zum 23. Mai einberufen werden, doch ist auch dieses Datum nicht definitiv festgesetzt. Nach dem Wunsche der englischen Regierung wird das Büro zur gegebenen Zeit selbst bestimmen, wann der Hauptauschuss zusammentreten soll.

Der Konferenzvorsitzende Denberson hielt bei Eröffnung der Sitzung des Präsidiums eine Rede, in der er u. a. der feiten Hoffnung auf ein schließliches Einvernehmen der Staaten über die Abrüstungskonvention Ausdruck gab. Er anerkannte, daß zur Herstellung eines solchen Einvernehmens längere Zeit notwendig ist. Deshalb schlägt er einen neuen Ausschuss über der Konferenzarbeiten vor.

Der englische Delegierte Eden gab eine eingehende Darlegung über die Bestrebungen der britischen Regierung, den ursprünglichen Abrüstungsplan durch annehmbare Zusätze und die Anregungen der verschiedenen Staaten zu ergänzen, und verdolmetschte neuerlich die Ansicht der englischen Regierung, daß eine Bedingung für das definitive Abkommen die Rückkehr Deutschlands nach Genf sei.

Auch die Delegierten Rußlands und Frankreichs hoben die Bereitwilligkeit ihrer Staaten hervor, sich auch an einem beschränkten Abrüstungsabkommen zu beteiligen.

Der Gesamteindruck von der Sitzung ist der, daß noch weitere Verhandlungen der interessierten Staaten notwendig sind, um die öffentlichen Konferenzarbeiten in Genf auf neuer Grundlage wieder aufnehmen zu können. Eine gewisse Welle von Optimismus verursachte die Hoffnung, welche für den definitiven Abschluß eines Abkommens die Bereitwilligkeit Englands hinterläßt, bestimmte Garantien über die Einhaltung der Verpflichtungen der künftigen Abrüstungskonvention zuzulassen.

Allerdings hängt viel von dem vorherigen Einvernehmen Frankreichs und Englands über den Rüstungsstand Frankreichs und Deutschlands ab.

# Harakiri der Luegerpartei bereits am 1. Mai?

Wien, 10. April. Die schon wiederholt in Aussicht gestellte Selbstauflösung der christlichsozialen Partei wird jetzt zum 1. Mai angekündigt. Zumindest hat der Landeskommandant der Vaterländischen Front Aichele dies in einer Versammlung in Bischofshofen offiziell bekanntgegeben, was mit großem Beifall aufgenommen wurde. Eine offizielle Mitteilung der Parteileitung liegt noch nicht vor.

# Verfassungsdifferenzen

Neber die neue Verfassung scheinen selbst nach den Meldungen der gleichgeschalteten Presse noch große Meinungsverschiedenheiten zu bestehen. Nach dem letzten Entwurf Dr. Enders soll der Präsident von der Bundesversammlung gewählt werden, die die vier projizierten Landtage bilden werden. Die Heimwehren fordern dagegen, daß der Präsident von allen Bürgermeistern aus ganz Österreich oder direkt vom Volke gewählt werde, wobei die gleichgebenden Körperschaften zwei oder drei Kandidaten bestimmen würden.

Die Heimwehren beharren weiters darauf, daß die Verfassung durch eine Verordnung

erlasse, wogegen ein Teil der christlichsozialen Partei dahin zu wirken trachtet, die „Rechtskontinuität“ dahin zu wahren, daß das Rumpfparlament einberufen werde und der Regierung Vollmacht eine Generalvollmacht erteilen soll.

Der nächste Ministerrat soll sowohl über diese Meinungsverschiedenheiten als auch über die anderen noch strittigen Verfassungsfragen entscheiden.

# Die illegale Tätigkeit macht den Herrschaffen Kopfzerbrechen!

Wien, 10. April. Heute hielten während des ganzen Tages in Wien die Sicherheitsdirektoren aus allen österreichischen Bundesländern unter dem Vorsitz des Vizelandeszenen eine Sitzung ab, in der sie über die Maßnahmen gegen die wachsende illegale Tätigkeit der aufgelösten politischen Parteien, also der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten berieten.

kommens bildet, wird durch eine Neuregelung ersetzt werden, worin sich beide Parteien die Abgabemöglichkeit für die Hauptarten der Exportwaren zusichern.

Falschmeldung über die Heimkehr der ungarischen Emigranten. Die ungarischen und österreichischen gleichgeschalteten Regierungsblätter berichten, daß die im Ausland lebenden ungarischen Emigranten sich an Ernst Garami mit der kollektiven Bitte wenden, er möge durch eine Aktion die Liquidierung der Emigration ermöglichen. Die Meldung ist in dieser Form falsch. Wahr ist, daß der ungarische Redakteur Franz Góder an Ernst Garami in der Form eines offenen Briefes die Aufforderung gerichtet hat, alles anzubieten, um die Rückkehr derjenigen Emigranten, die in der Revolution oder in der Emigration eine führende Rolle gespielt haben, zu ermöglichen. Góder betont, daß er in der Angelegenheit der führenden Geistespersonen nicht zu sprechen berechtigt ist, schon aus dem Grunde, da diese sozialistischen Emigranten die Rückkehr nach Ungarn unter den obwaltenden Verhältnissen nicht für wünschenswert finden.

# Frontkämpfer akzeptieren die Kürzungen?

Paris, 10. April. Der Verband der ehemaligen Frontkämpfer hat für Donnerstag einen außerordentlichen Kongreß einberufen, welcher die Entscheidung betrifft der Herabsetzung der Bezüge der Kriegsinvaliden treffen wird. Die Blätter glauben allgemein, daß der Kongreß die von der Regierung geplanten Maßnahmen billigen wird, so daß die Regierungsdekrete bereits am Freitag veröffentlicht werden dürften.

Heute wird die Regierung mit den Beratungen betreffs der sogenannten Mobilisation gegen die Arbeitslosigkeit, d. i. bezüglich des Marquet-Planes der großen aus den Sozialversicherungs-fonden finanzierten Investitionsarbeiten beginnen.

# Die Haupttreffer der Arbeiterfürsorge-Lotterie

Paris, 10. April. Heute um 6 Uhr abends fand im Sitzungssaal der staatlichen Lotteriedirektion die öffentliche Ziehung der Lotterie der Arbeiterfürsorge statt.

Der Haupttreffer, ein Einfamilienhaus im Werte von 90.000 Ké, entfiel auf das Los Nr. 110.007.

Den zweiten Treffer im Werte von 8000 Ké gewinnt das Los Nr. 164.955, zwei weitere Treffer im Werte von je 1000 Ké entfallen auf die Lose Nr. 23.120 und 266.120.

Bier Treffer zu je 500 Ké entfallen auf die Lose Nr. 2525, 60.996, 177.779 und 195.617.

Die ausführliche Ziehungsliste gelangt in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung.

# 3000 an Marums Grab

Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus Karlsruhe:

„Die Einäscherung des ehemaligen badischen Staatsrates und sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Marum, der im Konzentrationslager Rielau durch Selbstmord aus dem Leben geschieden war, hat am letzten Dienstag in Karlsruhe stattgefunden. Die badische Regierung hatte beabsichtigt, die Leiche am Karfreitag in aller Stille einäschern zu lassen, doch erhoben die Angehörigen Widerspruch dagegen. Die Karlsruher Blätter brachten eine kurze Todesanzeige der Frau Marum. Der Zeitpunkt der Einäscherung durfte nicht mitgeteilt werden, sondern lediglich der Dienstag als Bestattungstag angegeben werden. Trotzdem fanden sich über 3000 Personen auf dem Friedhof ein. Viele Frauen trugen Tüten in der Hand, aus denen sie beim Versinken des Sarges Blumen ins Grab warfen. Von Beauftragten der Polizei wurden photographische Aufnahmen des Trauergelächtes gemacht.“

# Goebbels Terror im Ausland

Berlin, 10. April. (Zurich): Das Propagandaministerium hat an alle Auslandsstellen Anweisung gegeben, den Vertrieb des zweiten Braunschuchs, das in den nächsten Tagen unter dem Titel „Dimitroff kontra Goering“ erscheinen wird, im Ausland mit allen Mitteln zu verhindern. Es soll ein besonderer Druck auf die Buchhändler ausgeübt werden, damit Braunschuch II nicht in den Schaufenstern ausgestellt wird. Der Heberreifer von Goebbels Propaganda-Agenten in der Schweiz hat diesen Plan nun bereits vorzeitig verraten. In der von Hitler finanzierten Schweizer „Frontenpresse“ wird jetzt schon eine große Kampagne gegen das Buch geführt; die Buchhändler erhalten Drohbriebe, in denen ihnen mit der Verurteilung ihrer Schaufenster und mit Konfiskation gedroht wird, wenn sie das Buch auslegen. Besondere Sorge scheint dem Propagandaministerium der in dem neuen Werk erscheinende Sonderbeitrag Dimitroffs „Was wollten die Nationalsozialisten mit dem Reichstagsbrandprozess?“ zu bereiten.

# Halbstündiger Streik

in der Pariser Telegraphenzentrale. Heute mittag unterbrachen beim Dienstwechsel die Telegraphisten auf der Pariser Zentrale zum Zeichen des Protestes gegen die Bezüge der Staatsangehörigen herabsetzenden Regierungsdirekts über eine halbe Stunde den Dienst und sangen auf dem Hof die Internationale. Der Postminister erklärte, daß die ermittelten Manifestanten disziplinarisch werden streng bestraft werden.

# Japans Appetit wächst

Schanghai, 10. April. (Tag.) Aus Nordchina laufen Meldungen ein, daß dort in der letzten Zeit eine zunehmende Tätigkeit der japanischen bewaffneten Kräfte zu bemerken sei. Die Japaner legen in den Provinzen Schanghai und Schantung militärische Stützpunkte an, die — wie man annimmt — die Okkupation Nordchinas vorbereiten sollen. Gleichzeitig verstärkten die Japaner ihre Truppenbesätze längs der Chinesischen Mauer. Das Blatt „Sin-ven-pao“ schreibt, daß Nordchina eigentlich bereits zum Teil von den Japanern eingenommen wurde. Der Unterschied zwischen den Zuständen dort und in der Mandchurie bestehe eigentlich nur darin, daß die Mandchurie bereits faktisch und offiziell von den Japanern besetzt worden sei. Alle Durchgänge der Chinesischen Mauer befänden sich bereits in den Händen der Japaner.

Alles weist darauf hin, sagt das Tag-Büro, daß die Japaner einen Einfall in die Mongolei planen.

# Eine „Sensation“, die keine war

Berlin, 10. April. Die kürzliche Mitteilung einiger ausländischer Blätter (darunter auch des „Prager Tagblatt“), über den Übertritt von 300 deutschen protestantischen Pastoren zum Katholizismus beruht auf einem Irrtum. Den Anlaß zu der Nachricht gab wahrscheinlich ein Memorandum über die sog. I. H. K. e. i. e. n. der Vereinigung der christlichen Kirchen, das von den deutschen Theologen ausgearbeitet wurde, die sich bereits seit langem mit dieser Frage befaßten und die ihr Element auch dem Papste einreichten.

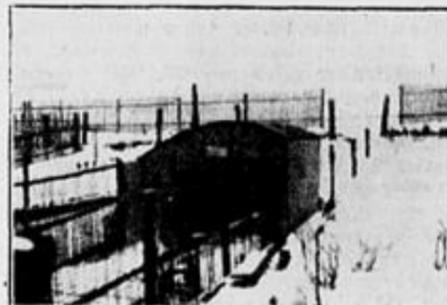
# Heimstätten für Arbeitslose

## Ein praktischer Vorschlag zur Frage der Innenkolonisation

Nun ist auch bei uns eine öffentliche Diskussion über das Problem der Innenkolonisation im Gange gekommen. Weitreichende Pläne werden erörtert. Man spricht und schreibt von der geplanten Umsiedlung von 300.000 bis 100.000 Arbeitslosen. Man wartet auf der anderen Seite vor Illusionen und bezeichnet die aufgetauchten Siedlungspläne als „soziale Kurpfuscheri“. Somit erscheint dem ersten Sozialpolitiker die Aufgabe gestellt, übertriebene Hoffnungen zu dämpfen, auf der anderen Seite aber die gegebenen Notwendigkeiten und Realisierungsmöglichkeiten herauszuarbeiten.

### Flucht in die Bretterbuden

Den Mietstörern sei vor allem gesagt, daß das Problem der inneren Siedlung schon längst auf die Tagesordnung des Alltags gesetzt war, ehe es zur wissenschaftlich-fachlichen Erörterung kam. Wir durchleben einen fürchterlichen sozialen Verelendungsprozess. Hunderttausende von Familien sind nicht nur ausgeschlossen aus dem Kreis der Schaffenden, sondern sind teilweise auch schon abgedrängt vom Wohnungsmarkt, oder stehen in unmittelbarer Gefahr, ihr Existenz zu verlieren. Nach dieser Seite hin konnte bisher noch keine sozialpolitische Vorlesung getroffen werden. Unsere ganze öffentliche Wohnungsfürsorge ist im Wesen aufgebaut auf dem kapitalistischen Rentabilitätsprinzip. Genossenschaftliches oder kommunales Bauen steht voraus, daß Wohnungsbewerber da sind, die eine Miete bezahlen können, d. h. über ein regelmäßiges Einkommen verfügen. Der unumgekehrte Prozess ist im Gange. Vaugenossenschaftlichen und wohnungsfürsorgereichen Gemeinden stehen vor der Tatsache, daß viele ihrer Mieter wegen andauernder Arbeitslosigkeit die Miete nicht mehr bezahlen können und nach einer gewissen Schonfrist, die in den meisten Fällen gewährt wird, die Wohnungen verlassen müssen. Dazu kommen noch die Delegationen aus Privathäusern, hervorgerufen durch die Zahlungsunfähigkeit der Mieter. Was geschieht? Auf die Landstrichen können nicht alle Existenzlosen gehen, sowohl das fahrende Volk beanspruchend an Zahl zunimmt. Soweit die betroffenen Familien nicht bei Verwandten untergebracht können, die Armenhäuser besetzen oder von der Heimatgemeinde nicht irgend einen Stuhl zugewiesen bekommen, bauen sie sich irgendwo am Ortsrand eine Bretterbude oder richten sich einen ausgetragenen Lastwagen „wohnlich“ ein. Diese „wilde Siedlung“



„Stadttrandsiedlungen“ im Karlsbader Industriegebiet. Solche Krisendenkmäler gibt es im ganzen Lande.

Leopoldau erzielt worden sind. Würde die Hälfte der notwendigen Arbeitsleistung in der Form von Selbsthilfe als freiwillige Leistung der Siedler dargebracht, und die andere Hälfte des Lohnaufwandes durch Beiträge aus der produktiven Arbeitslosenfürsorge gedeckt, so läme Verrechnungen der Hauptstelle die Errichtung eines ausbaufähigen Mehrhauses auf rund 5000 K€, Geländeaufschließung, lebendes und totes Inventar ergeben weitere 3000 K€, zusammen 8000 K€ Gesamtaufwand und sechsprozentiger Verzinsung und Amortisation eine Jahresbelastung von 600 K€ pro Siedlerfamilie, die durch den Ertragswert der Wohnung und des Gartens wohl ausgeglichen wird.

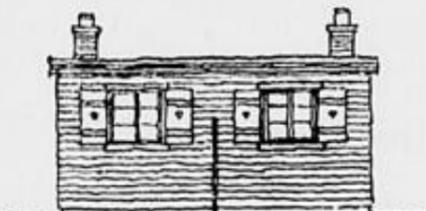
eines Beitrages aus der produktiven Arbeitslosenfürsorge und Verbilligung eines kommunalen Siedlungskredites unterstützt, so bräde dieses einmalige Opfer eine dauernde Verminderung der sozialen Verpflichtungen von Staat und Gemeinden.

### Das landwirtschaftliche Uebersiedlungsproblem

Gegen rein landwirtschaftliche Neusiedlungen werden sich wohl die größten Widerstände aus der Landwirtschaft selbst ergeben. Auf die Dauer wird sich aber unsere offizielle Agrarpolitik zu dem Uebersiedlungsproblem des flachen Landes und der Gebirgsgegenden nicht blind stellen können. Trotz Bodenreform hat die Landwirtschaft im letzten Jahrzehnt ihren ganzen Bevölkerungszuwachs an die Städte und Industriegebiete abgegeben. Die tiefste Ursache dieser Landflucht ist das rasante Eindringen der Maschine in die Landwirtschaft und die in den historischen Ländern traditionell vorherrschende Auerbensittlichkeit, welche dauernd die Bauernsinder entweder proletarisiert oder dem Meer der arbeitslosen Intelligenz zutreiben läßt. Die Gesetzgebung wird der Tendenz der Selbstentvölkerung des Dorfes früher oder später eine organisierte Gegenwirkung entgegenstellen müssen. Begünstigung der Realteilung bei Erbschaften löste der Landflucht einen gewissen Einhalt, doch könnte diese Maßnahme erst auf weitere Sicht wirksam werden. Eine unmittelbare Handhabe, neue Existenzen auf dem Dorfe zu schaffen oder Halberistenzen lebensfähig zu machen, ist bei der angekündigten Lösung des landwirtschaftlichen Schuldproblems gegeben. Auf die Dauer wird der Exekutionsdich, welcher etwa 120.000 Anwesen gewährt wurde, nicht aufrechtzuerhalten sein. Niemand hat ein Interesse daran, diese Riesenzahl von Familien ins Meer der Arbeitslosen zu stoßen. Wenn aber eine Umsiedlung unter Quantpräsumption öffentlicher Mittel durchgeführt wird, dann hat die Gesetzgebung das Recht und die Pflicht, den zum Abverkauf gelangenden Boden für die Siedlungsaufgaben der Landgemeinden zu reklamieren. Es hat keinen Zweck, darüber

### Mehrendes Gut statt zehrendes Gut

Am Rahmen dieser Lösung gestaltet sich die Bodenbeschaffung für die Träger des Siedlungsweckes, Gemeinden oder Gemeindeverbände, mehr zu einem kaufmännischen Problem. Es handelt sich entweder um die Intensivierung bereits vorhandenen Gemeindelandes oder um den Zukauf von landwirtschaftlich genutzten Boden und dessen Umwandlung in hochfunktionierte Gartenböden, was beides mit entsprechender öffentlicher Kredithilfe durchaus möglich erscheint. Soweit durch begünstigte Darlehensgewährung für Siedlungszwecke eine Belastung der öffentlichen Hand erwächst, ist dafür ein entscheidender Gesichtspunkt ins Treffen zu führen: Straßenbauten, Hochhausbauten, Wasserleitungen, Kanalisierungen schaffen nur zehrende Güter — vorübergehende Arbeitsgelegenheit und dauernde Belastung der Steuerquellen. Gartenstellen dagegen, verbunden mit Wohngelegenheit sind ein mehrendes Gut. Lösen zwar nicht das Existenzproblem der angehenden Familien, machen sie aber widerstandsfähiger gegen die Krise, bieten ihnen die Möglichkeit, sich bei Nebenverdienst oder Teilverdienst einzelner Angehöriger leichter über Wasser zu halten. Würde also die Errichtung solcher Heimstätten durch Gewährung



Heimstätte. — 1. Bauabschnitt.

ist namentlich in den Industriegebieten keine vereinzelte Erscheinung mehr, es niht nichts, vor diesen Schandmalen der modernen Zivilisation länger die Augen zu verschließen. Dieser Notstand wird mit der unabsehbar langen Dauer der Krise immer brennender. Da muß einfach geholfen werden.

### Gartenheimstätten für Krisenopfer

Wie ist das möglich? Die größte Begriffsverwirrung entsteht aus der konstanten Verwechslung von Stadttrandsiedlung und landwirtschaftlicher Neusiedlung. Stadttrandsiedlung für Arbeitslose und Kurzarbeiter ist möglich und notwendig. Für landwirtschaftliche Kolonisation in größerem Umfang fehlt kulturfähiges Neuland, fehlen nach der Durchführung der Bodenreform auch anderweitige Bodenreserven. Deshalb wird jeder Siedlungsversuch an die primäre Gegebenheit dieses überbevölkerten Landes, den Bodenmangel, anknüpfen müssen. Die Bodenbeschaffung ist der archimedische Punkt des ganzen Siedlungsproblems. Von dieser Anschauung ausgehend propagiert der von den deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten eingereichte Initiativentwurf in erster Reihe die Schaffung von Gartenheimstätten für Arbeitslose und Kurzarbeiter, verbunden mit einer ganz bescheidenen, aber ausbaufähigen Wohngelegenheit.

Die Deutsche Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge in der Tschechoslowakei hat in jahrelanger Vorarbeit alle diesbezüglichen ausländischen Erfahrungen sorgfältig geprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß Gartenstellen im Ausmaße von 1000 bis 2500 Quadratmetern — je nach der Güte des Bodens und der Intensität der Bewirtschaftung — einen großen Teil des pflanzlichen Nahrungsbedarfes und bei Kleintierzucht auch einen geringen Teil des Fleischbedarfes einer mehrköpfigen Familie zu decken vermögen. Bestätigt wird diese Annahme durch die Resultate, welche auf der Stadttrandsiedlung in Wien

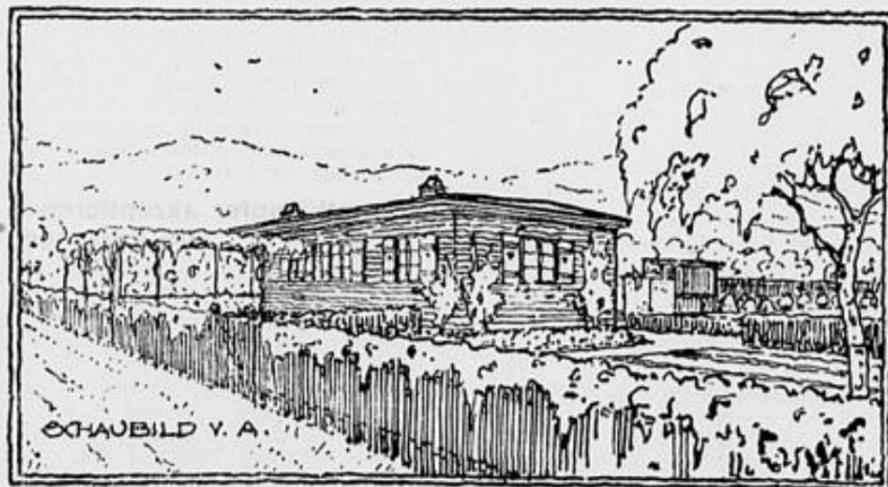


Schaubild des Anwesens im Endzustande. (Heimstätte nach den Vorschlägen der Hauptstelle f. W. u. S. F.)

schon heute ein ausgefülltes System aufzustellen. Unkritisch ist jedoch, daß durch die große Krise ein erheblicher Teil des landwirtschaftlichen Bodens den Besitzern wechseln wird. Es steht nun zur Entscheidung, ob diese Bodenwanderung dem Gefälle der Kapitalökonomie und der Spekulationslust folgen soll, oder ob sie zielbewußt in die Richtung der bevölkerungspolitischen und sozialen Notwendigkeiten des Dorfes zu lenken ist. Die Verbindung des landwirtschaftlichen Siedlungsproblems mit den ländlichen Siedlungsaufgaben ist unerlässlich. Der deutsche sozialdemokratische Antrag sieht daher die Schaffung von Heimstätten mit Hausstellen in den Dörfern vor. Das bedeutet in der Praxis Sicherung der Scholle für den ländlichen Nachwuchs, Bekämpfung der Landflucht. Pflicht der agrarischen Parteien wäre es, auf diesem Gebiete die Initiative zu ergreifen, denn auch die Jugend des Dorfes hat ein Anrecht darauf, von der demokratischen Staatsgewalt in dem Ringen um ein Stück Existenzboden unterstützt zu werden.

### Schöpfung neuer Existenzen

Die Dauerkrise, die unheimliche Technisierung und Nationalisierung hat der modernen Wirtschaft und Sozialpolitik eine neue Aufgabe gestellt: nicht nur Schutz der bestehenden Existenzen, sondern auch Schöpfung neuer Existenzen. Den tiefgehenden Veränderungen im industriellen Organismus müssen ebenso tiefgehende Änderungen in der Wohnweise und in der Struktur unserer Bodenverteilung folgen. Deshalb muß das Siedlungsproblem unter den Aspekten einer historischen Aufgabe erfaßt werden. Es geht einfach darum, ob weise staatsmännische Voraussicht der dumpfen Hoffnungslosigkeit der entwurzelten Massen einen befreienden Ausblick und ein Ventil schafft, oder ob der Ueberdruck an sozialen Spannungen in eine fürchterliche Explosion mündet. Deshalb geht der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Massennot nicht allein die sozialistischen Parteien an, sondern die ganze menschliche Gesellschaft.

Wenzel Jassch.

Die Bilder und Skizzen wurden von Herrn Architekten Wührmann, dem technischen Sachberater der Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge, freundlichst zur Verfügung gestellt.

### Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Mittwoch:

Frankfurt, Sender L.: 6.15 Gmnatiff, 10.05 Deutsche Nachrichten, 12.10 Schallplatten, 14.05 Deutscher Arbeitsmarktbericht, 17.45 Polarek: Bücher, die ich gelesen habe, 17.55 Französisch für Fortgeschrittene, 18.25 Deutsche Sendung: Jeht aktuelle Minuten; 18.35 Arbeiterfunk: Rose Fischer: Die geistige Arbeiterin in der Krise, 18.55 Sozialinformationen, 21.00 Polnische Musik, Sender St.: 14.30 Konzerte, 15.10 Deutsche Sendung: Winicki: Das Städtchen mit dem großen Ringplatz, 15.20 Kinderfunk, — Brunn: 16.00 Nachmittagskonzert, 18.25 Deutsche Sendung: Oskar Baum: Höhenüber (aus eigenen Werken), 19.20: Vorlesung neuer Werke aus der russischen Literatur, — Nahr.-Ostern: 18.00 Arbeiterfunktion: Psychologie des Arbeiters, — Kasha: 17.00 Ständchen für Kinder, — Berlin: 18.30 Orchesterkonzert, — Dresden: 12.00 Mittagskonzert, — Frankfurt: 23.30 Neue italienische Musik, 24.00 Kammermusik, — Hamburg: 19.00 Vokalwerke von Richard Wagner, — Heilsberg: 16.00 Nachmittagskonzert, — Königsbrunn: 17.30 Schuber: Streichquartett C-Dur, — München: 17.50 Musik der Gotik und Renaissance, — Wien: 18.10 Dr. Malinva: Neue Rheumatismusforschung, 22.10 Jazz-Tanzmusik.

Donnerstag:

Frankfurt, Sender L.: 10.05: Deutsche Nachrichten, 12.10: Schallplatten, 17.35: Französisch für Anfänger, 18: Deutsche Sendung: Dr. Roudha: Bücher für die Jugend, 19: Deutsche Nachrichten, 20.10: Konzert des Andriels-Kammerquartetts, 22.50: Propagandafunkkonzert aus Werken Smetana, Sender St.: 15.10: Deutsche Sendung: Köfler: Gewerbliche Fortbildungsschulen, 15.45: Deutsche Nachrichten, — Brunn 18.25: Deutsche Sendung: Arbeiterfunk: Smerda: Selbsthilfeorganisation der Arbeiterschaft, 20: Abendkonzert, 20.45: Christobal Colon, — Nahr.-Ostern 10.15: Vormittagskonzert, 18.30: Deutsche Sendung: Seliger: Zurandes Leben, — Kasha 12.35: Mittagskonzert, — Berlin 16: Musik am Nachmittag, 19: Loewe-Balladen, — Frankfurt 21.35: Klaviermusik von Chopin, — Hamburg 21.35: Josef Haydn: Sonate C-Moll, — Heilsberg 19: Variationswerke von Klavier, von Beethoven, — Leipzig 18.20: Aus Operetten, — Wien 18.20: Orchesterkonzert, —

**GEDENKET**  
bei allen Anlässen  
der Arbeiterfürsorge!

# Eine bestialische Mutter

## Ein Prozeß aus den Tiefen der Gesellschaft — Ein Kind erdroffelt unter Beihilfe der Mutter — Grauen im Schwurgerichtssaal

Prag, 10. April. Das unsagbare Grauen, das der heutige Schwurgerichtsprozeß um sich verbreitete, lag wie ein Alpdrück auf der Zuhörerschaft. Man mußte jeden, der sich einem Anblick menschlichen Bestialität gewahrt hat, aufs tiefste erschauern.

Angeschuldigt ist eine Mutter der Mittäterin, die an der bestialischen Ermordung ihres Kindes, ihres neunjährigen Tochterchens, der unmittelbare Täter ist dem Querschnitt der Justiz entzogen, er ist in der Untersuchungshaft an Tuberkulose gestorben. So erschien heute nur die Mithelsterin bei der bestialischen Tat vor den Geschworenen, die eigene Mutter des ermordeten Kindes. Es ist die 31jährige Marie Janouš, ohne Beruf und richtigen Wohnort. Auf der Anklagebank sitzt eine kleine, schwächliche, verwahrloste Frauensperson, an der nichts Auffallendes ist, als höchstens der unguie und stehende Blick der kleinen kalten Augen.

Die Anklage legt ihr zur Last, gemeinsam mit ihrem Lebensgefährten, dem seitdem verstorbenen Eduard Silovský, einem 31jährigen beschäftigungslosen Invaliden

den Plan gefaßt zu haben, ihre neunjährige Tochter Marie zu ermorden und bei der Ermordung ihres Kindes und der Beihilfe von dessen Leiche beihilflich gewesen zu sein.

Zum Verständnis dieses grauenigen Falles muß zuerst das Milieu geschildert werden, in dem sich diese Tragödie abspielte.

Die Angeklagte lebte mit dem gleichaltrigen Eduard Silovský unweit von Reiniš bei der Ortschaft Brožánek in einer aus allerlei Holz, Metall und Dachpappabfällen roh zusammengezwimmerten Hütte. Beide werden von den Gendarmenberichten als lächelnde Individuen geschildert, die dem Mühsingang und einem beiderseitigen Bogabundenleben ergeben waren. Es ist nach den vorliegenden Dokumenten nicht festzustellen, inwiefern diese Charakteristika zutrifft und ob nicht auch diese Menschen so tief sinken mußten, weil ihnen die Gesellschaft keine Existenzmöglichkeiten zu bieten vermochte. Nebenfalls war der Lebensgefährte der Angeklagten tuberkulös im letzten Stadium und

beide lebten vom Bettel, zu dem sie auch die neunjährige uneheliche Tochter Marie, die die Angeklagte in die Gemeinschaft mitgebracht hatte, anhielten.

Das Mädchen war nach den Aussagen seiner Lehrer ein brav, stilles und begabtes Kind, das in der Schule gute Fortschritte machte, obwohl es den größten Teil seiner Zeit dem Bettel widmen mußte und die Schule nur sehr unregelmäßig besuchte. Von dem Bettelverdienst der Neunjährigen lebten die beiden hauptsächlich.

Trotzdem hatte Silovský das Kind seiner Gefährtin tödlich und drängte seit langer Zeit darauf, sich seiner zu entledigen.

Der Haß des Stiefvaters steigerte sich noch, als die Angeklagte vor einigen Monaten von ihm (dem Schwertüberklopfen!) ein Kind bekam,

obwohl die Kleine bei mitleidigen Menschen die Nahrung für das Neugeborene zu erbetteln mußte. Noch am letzten Tag ihres jungen, armen Lebens brachte sie Milch und Gries nach Hause, um für das Fräuleinchen einen Preis zu kochen.

Im August v. J. benahm Silovský seiner Gefährtin nachdrücklich zuzusehen, sich des Kindes zu entledigen. Er versprach der Janouš, sie zu heiraten, wenn sie zu der Ermordung ihres Kindes einwillige. Und die erwartete Mutter — si m t e z u! Sie stellte nur die Bedingung, daß er es „s e i b s t b e s o r g e n“ müsse, sie könne „s o e i w a s n i c h t a n s e h e n.“ Am 10. August v. J. vollzog sich die gräßliche Tat.

Das abnugslose Kind war aus Reiniš mit erbettenen Lebensmitteln in die Hütte zurückgeführt. Einwas verspätet. Sie schmeigte sich an die Mutter: „Mutter, sei nicht böse, ich habe mit Kindern gespielt und mich verspätet.“ Die Mutter hässelt sie, während Silovský vor die Türe tritt und sich überzeugt, daß niemand in der Nähe ist. Dann tritt er an das Kind heran und fragt, ob sie ihm keine Zigarettenstummeln mitgebracht habe. Die Kleine erwidert ängstlich, es seien in Reiniš die Straßen schon gefehrt gewesen, sie habe keine Zigarettenreste mehr gefunden. Da legt Silovský von hinten die Hände um den schmalen Kinderhals

und droffelt das Kind fünf Minuten lang, bis der kleine Körper aus dem Griff seiner Mörderfauste loslos auf den Boden fällt. Dann grinst er zufrieden der ruhig zusehenden Mutter zu: „Da hast Du ihre Leiche!“

Schon vorher hat er der Angeklagten gegenüber ausgemacht, wie leicht es sei, so einen Kinderhals zusammenzubrühen. „Man quetscht ein bißl und schon ist es geschehen.“

Man, da es wirklich geschehen ist, tut die Mutter, Wadgeschiffin noch ein übriges. Man hört Schritte vor der Baracke. Da nimmt sie den toten Körper der Kleinen in die Arme und

hässelt die Leiche ihres Kindes — nicht aus einem spät durchbrechenden mütterlichen Gefühl heraus, sondern um etwaigen Besuchern vorzujagen, daß das grausam ermordete Kind nur schlafte.

Nach Eindringen der Dämmerung tragen dann die beiden die Leiche aus der Hütte und verbergen sie im dichten Weidengebüsch des Elbenfers. Erst drei Wochen später findet man den völlig verwesten Körper (der Kopf ist abgefallen und ganz unkenntlich). Der Verdacht fällt sofort auf die „Etern“ und im Kreuzverhör legen Silovský und die Janouš bald ein volles Geständnis ab.

Dieser kurzen Darstellung ist wenig mehr hinzuzufügen.

Kalt, zynisch und renkelos wie in der Voruntersuchung blieb die Janouš auch bei der Hauptverhandlung. S i l o v s k ý ist, wie erwähnt, in der Untersuchungshaft gestorben.

## Tagesneuigkeiten

### Kampfflieger mit 300 Stundenkilometern . . .

Paris, 10. April. Auf dem Militärflugplatz Villacoublay fanden heute Probeflüge eines mehrstufigen Kampfflugzeuges statt. Der Apparat erreichte in einer Höhe von 4000 Metern eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 300 Kilometern in der Stunde. Man betont, daß dies die allgeröchteste Geschwindigkeit sei, die bisher mit einem mehrstufigen Kampfflugzeug erreicht wurde. Der Apparat ist ein „Kotz 51“.

### Sportplatz „Sparta“ abgebrannt

Gestern um 8 Uhr 3 Minuten früh brach auf der Haupttribüne des Fußballclubs AC Sparta auf dem Belvedere ein Brand aus. Die Arbeiter, die auf einer anliegenden neuen Tribüne arbeiteten, sahen, wie beim Rausgang der Restauration ein wenig Rauch aufstieg und gleich darauf die hellen Flammen schlugen, die binnen fünf Minuten die ganze Tribüne in ein Feuermeer verwandelten. Obwohl die Feuerwehr sofort alarmiert wurde und innerhalb weniger Minuten an Ort und Stelle war, konnte sie nichts mehr retten. Die Tribüne, die Restaurationsräumlichkeiten, die Büros der Sparta, die Wohnung des Portiers brannten vollständig nieder, da alle Bauten aus Holz waren.

Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, das Feuer zu lokalisieren, um wenigstens die angrenzenden Sportplätze und anderen Baulichkeiten zu retten. Der Ausschuß, die Spieler und Freunde des Clubs hatten sich eingestellt und verjagten aus den verfohlenen Trümmern wenigstens einen Teil der Tropfen aus der mehr als vierzigjährigen Spielzeit des Vereins zu retten. Verbrannt und zerbrochen fanden sich die Polster des Clubs, halbverbrannt die Bücher und das Archiv, alles war vernichtet. Auch das Restaurant ist mit der gesamten Einrichtung zerstört worden.

Die „Sparta“, Prags populärster Fußballclub, überfiel in der Saison 1916/17 auf ihr heutiges Terrain. Zur Zeit wurde die Platzanlage für das Länderspiel Tschechoslowakei — England, das im Mai stattfindet, vorbereitet. Die niedergebrannte Tribüne sollte im nächsten Jahr um 10 Meter rückverlegt werden, um Platz zur Vergrößerung der Stadienanlagen zu gewinnen. Das Länderspiel gegen Polen muß auf dem Slavia-Platz ausgetragen werden.

### Lebemänner-Grzesse in Mostau

Mostau, 10. April. Die Presse veröffentlicht nachträglich eine Art Polizeibericht über das Vorgehen gegen eine Gruppe von Lebemännern, die wegen „in transemem Zustand verübter Ausschreitungen“ in verschiedenen Hotels verhaftet wurden. Sie wurden teils zu Arrest verurteilt, teils an ihren Wohnort zurückbefördert. Die Liste der Verhafteten zählt meistens Beauftragte und Bevollmächtigte von Wirtschaftsorganisationen und Verwaltungsbehörden in der Provinz auf. — Gegen eine zweite Gruppe mußte wegen Lateintheit mit kriminellen Vergehen vorgegangen werden.

### Soldatenselbstmord

Ujhorod, 10. April. Am Freitag verübte der Soldat des Inf. Reg. Nr. 45 in Chust, Adler, auf der militärischen Schul-Schießstätte während der Mittagspause Selbstmord durch Erschießen. Adler, der aus der Stadt Tachovo stammt und sich zur jüdischen Nationalität bekannte, hatte die Nacht vor dem Selbstmord durchsummelt und in einem hinterlassenen Briefe angegeben, daß sein Selbstmord auf private Ursachen zurückzuführen sei. Er bittet, nicht auf dem jüdischen, sondern auf dem christlichen Friedhof mit kirchlichen Zeremonien und unter militärischen Ehren begraben zu werden.

Eine Militärkommission untersucht die Ursache des Selbstmordes.

Die Frage nach dem Motiv der grauenhaften, unheimlichen, unbegreiflichen Tat blieb auch im Laufe dieses Verfahrens unbeantwortet. „Er hat es gewollt.“ — Als praktischer Beweismittel mag mitgespielt haben, daß die Janouš hoffte, nach Befestigung des Kindes Arbeit auf einem Gut zu finden. Und dann ist da das Eheversprechen des Mörders.

Fünf uneheliche Kinder hatte diese Frau. Vier sind gestorben, eines ist e r g o r d e t. Unter mütterlicher Assistenz.

Die Verhandlung wickelte sich schnell ab. Auch die Beratung der Geschworenen dauerte nur ganz kurze Zeit. Ihr Wahrspruch erkannte die Angeklagte mit allen zwölf Stimmen schuldig der Teilnahme am Verbrechen des Mordes. Der Schwurgerichtshof unter Vorsitz des OGH. S k l o r a verurteilte Marie Janouš zu

### Neben Jahren schweren und verschärften Kerkers.

Sie nahm das Urteil mit der stumpfen Gleichgültigkeit auf, die sie während der ganzen Verhandlung zur Schau getragen hatte.

### Schwere Jungen

Im Lageraum des Eisenbahnerkonsums am Bodenbacher Bahnhof wurde ein überaus frecher, schwerer Einbruch verübt. Die Täter, die mit den Ortsverhältnissen vertraut zu sein scheinen, entwendeten insgesamt 16 Säcke Staub- und Giechzucker, zwei Kisten Seife u. a. Diese Diebstehle schafften die Einbrecher mit einem Lastauto fort. — Dies ist bereits seit einem halben Jahre der dritte Fall, daß Diebe die erheblichen Mengen von Diebstahl mit einem Fuhrwerk wegschafften. Die Polizei hat die Nachforschungen aufgenommen.

### Hahnenschwanz à la Lippowiz.

Das „Neue Wiener Journal“ ist aus den geldhäftigen Händen seines bisherigen Besitzers, des jüdischen Angst-Josefien Lippowiz, in den Besitz der erwachsenen Oesterreicherin und Starhemberg und Jen übergegangen. Finanzier dieser Traum nationaler Transaktion ist — wie sollte es im Lande der einzigartigen kortatfischen Patrioten auch anders sein — eine italienische Kapitalistengruppe, die der neuesten römischen Kolonie des Herrn Mussolini den Lippowitzer Streiter für Rücksicht und Volksbetrug geschenkt hat. Da Herr Lippowiz nicht nur einer der strupellosesten Marxistenreflexer, sondern auch ein gerissener Geschäftsmann ist, so hat er sich eine Beteiligung von ca. 50 Prozent gesichert, jedoch auf jeden politischen Einfluß im neuen Heimwehrunternehmen verzichtet. Es ist ein würdiges Organ, das sich die grünweißen Landsknechte zur Propaganda ihrer „Ideen“ gekauft haben. Ein Blatt, dessen moralisches Niveau die „ideellen“ Werte der Heimwehr-„Bewegung“, die von fremden Mächten ausgehalten ein ganzes Volk in der infamsten Weise knechtet und drangaliert, in ausgezeichneter Weise illustriert! Die Vordellinierate dieser korrupten Zeitungshöhne werden die, ad so gelideten, Reihen der Hahnenschwanz-Bankrotteure in der originellsten Weise auffüllen helfen. Neben dem vielleicht raffisch nicht ganz einwandfreien, aber bankontenmäßig gesehen, überaus potenten Großhändler werden die Offizianten der Weltstadt den Vorbeitrassen Bataillonen der Jen und Starhemberg in Massen zufließen und wohl ausgiebig Gelegenheit haben, ihre selbstjamen Triebe im Bankkreis dieser fernösterrödischen Menschen abzureagieren. Wenn das „Neue Wiener Journal“ unter dem neuen Kurs dem „bewährten“ alten treu bleibt, so kann es dem freitheitlich Gesinnten nur recht sein. Die feruelle Unterwelt im Inzeratenteil, und das gespreizte phrasengepöckel „Uebermenschen“ in der redaktionellen Sparte, es wird eine harmonische Synthese geben! Ein Spiegelbild des Oesterreichs der Muder, Volksverderber und Tartuffes, wie es unter dem verhängnisvollen Regime der Dollfuß und Konforten leibt, lebt und über kurz oder lang verwesten wird!

Die Zahl der Angestellten der Staatsbahnen betrug Ende Jänner 132.679 einschließlich von 878 Angestellten des Autobusdienstes, die früher der Postverwaltung unterstellt waren. Gegenüber Jänner 1933 hat sich die Zahl der Angestellten um 15.006 (10,2 Prozent) gegenüber Dezember 1933 um weitere 1273 (0,95 Prozent) verringert.

Die „Tscheljustin“-Besatzung meldet in einem Junkspruch, daß die Witterungsverhältnisse seit Montag eine ungünstige Wendung genommen haben. Der im Lager gelandete Flieger Slepnow, der neue Mitglied der Besatzung nach Banlarem zu bringen beabsichtigte, hält sich noch bei den Schiffbrüchigen auf, da er den Start wegen des Witterungsumschlages verschoben mußte. Ebenso haben die anderen Flieger ihren Start verschoben müssen. — Die Samstag von den Fliegern nach Banlarem gedachten fünf Personen aus dem Lager des Professor Schmidt wurden mit dem Flugzeug nach Wellen transportiert, da ihr Gesundheitszustand sehr gelitten hat.

Geldsp. In Ag-enc-Provence wurde gestern früh der Mörder S a r r e i, durch die Guillotine hingerichtet. (Im Herbst des Vorjahres wurde er in einem Sensationsprozeß wegen der Ermordung einiger Personen, deren Leichname er in seiner Villa mittels einer ähnden Vitriollösung befestigte, zum Tode verurteilt.)

## Feuergesicht mit einer Einbrecherbande

Gendarmen erschrieken einen Einbrecher

Mährisch-Odrau, 10. April. Die Gendarmerie in Dolni Sucha erfuhr heute nachmittags, daß sich in der Nähe des im Walde gelegenen Barabara-Schadtes eine gefährliche Bande, die von Ladeneinbrüchen lebt, herumtreibt. Die Gendarmerie sandte sofort eine Streife aus, die auch tatsächlich im Walde eine Gruppe von fünf Männern antraf, von denen einer sofort auf die Gendarmen zu schießen begann. Die Gendarmen machten gleichfalls von der Schußwaffe Gebrauch, wobei der 21jährige Josef Dzida erschossen wurde. Bei Dzida wurde eine scharf geladene Pistole mit einer ausgefahrenen Patrone gefunden. Die übrigen Männer entflohen und konnten bis jetzt nicht wieder ausgeforscht werden.

Drei Touristen vermißt. Wie aus Pontrejina gemeldet wird, werden drei deutsche Touristen vermißt, die am Samstag die Diavolezza-Hütte verlassen hatten, um am selben Tage über die Marinelli-Hütte das Fog-Tal zu erreichen. Ohne die Route zu kennen, wollten die Drei, eine Dame, ein Herr und ein 15jähriger Knabe, bestehenden Spuren folgen und so die Tour ausführen. Inzwischen sind aber in der Höhe 60 bis 70 Zentimeter Neuschnee gefallen. Da man vermutet, daß sie die Richtung verloren haben, und deshalb in der Marinelli-Hütte geblieben sind, ist am Montag von Pontrejina aus eine Führerkolonne ausgebrochen, um sie zu suchen.

Brandstiftung. In dem ehemaligen Stahlhelmlager Haus Ostendorf, bei G a l t e r n, brach Montag abends aus bisher noch ungeklärter Ursache ein Feuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit um sich griff. Bei den Löscharbeiten und Rettungsversuchen der Feuerwehr stürzte plötzlich der Schornstein ein und begrub mehrere Feuerwehrlente unter sich. Zwei von ihnen wurden getötet. Drei weitere kamen mit Verletzungen davon.

Die „Schwarze Sieben“. „Times“ melden aus S h a n g h a i: Der Banditenführer Liu Kwei Tang, der in der letzten Woche sechsmal von Truppen umzingelt gewesen, aber immer wieder entkommen ist, bewegt sich jetzt auf der Sdantung-Kiangsu-Grenze hin und her, wobei er durch Artilleriefeuer und Flugzeugbomben in schwere Bedrängnis gebracht wird. Liu Kwei Tang stammt aus dem Bergland von Tanghai und ist das siebente Kind seiner Eltern. Er wird in Sdantung „Schwarze Sieben“ genannt, erstens, wegen seiner dunklen Gesichtsfarbe und zweitens wegen seines schlechten Charakters. Er war in der Vergangenheit abwechselnd Bandit und regulärer Soldat und soll früher nur wegen seiner Zugehörigkeit zu einer mächtigen Geheimgesellschaft der strafenden Gerechtigkeit entgangen sein.

Ein halber Zentner Dynamit gestohlen. Im Dezember 1932 hatten unbekannte Täter in den Steinbrüchen der tschechoslowakischen Gemeinde Radwan bei Ujhorod einen halben Zentner Dynamit entwendet. Der Gendarmereifer ist es nunmehr gelungen, den Täter, einen Arbeiter in der Gemeinde Onofce, ausfindig zu machen, bei welchem auf dem Dachboden noch 13½ Kilogramm des Sprengstoffes aufgefunden wurden. Der Täter namens Durfosa ist entflohen, zwei Mitschuldige konnten verhaftet werden. Die Diebe hatten den Sprengstoff an Personen verkauft, die ihn zu K i s k a n g verwendeten.

### Nach zwanzig Jahren

Spezia, 9. April. (Stefani.) Der Dampfer „Priates“, der einer italienischen Bergungsgesellschaft gehört, ist nach Kap Ron in Lunis ausgelaufen, wo er eine Ladung Zinn und andere Metalle aus dem Wrack des britischen Dampfers „Glanarinn“ bergen soll, der im Weltkrieg untergegangen war und unweit der afrikanischen Küste 225 Meter tief auf dem Meeresgrunde ruht. Der Bergungsdampfer führt besondere Riesenslampen an Bord, die den Meeresboden beleuchten sollen. Die 20 Mann starke Besatzung ist mit zwei Taucherzügen ausgerüstet, mit deren Hilfe man eine Tiefe von 300 bis 400 Meter erreichen kann.

### Eine Bande von Meisterfälschern

Warschau, 9. April. Die Warschauer Polizei verhaftete mit Hilfe der aus London eingetroffenen Beamten von Scotland Yard acht Mitglieder einer Fälscherbande, welche gemeinsam mit den in London verhafteten drei polnischen Staatsbürgern Reumar, Popielec und Turc hauptsächlich auf der Londoner Börse und auf dem englischen Geldmarkt falsche Obligationen der polnischen Auslandsanleihen insbesondere der 7prozentigen Stabilisierungsanleihe, sowie falsche Aktien der sibirischen Naphthageellschaften in Persien und im Kaukasus in Umlauf setzten. Die Warschauer Polizeiorgane konnten die Fälscherwerkstätte aufdecken, in welcher die falschen Effekten hergestellt und mit Hilfe von Sonderkurieren via Danzig nach London gebracht wurden. Außerdem wurden von der Fälscherbande auch falsche Dollara und Francs-Note n gefertigt und in Umlauf gesetzt. In Verbindung mit dieser Affäre werden die Verhaftungen unter den Mitgliedern der Bande fortgesetzt. Unter den bereits verhafteten acht Mitgliedern der Bande befinden sich deren Anführer Rajeran und Parket. Die polnischen Gerichtsbehörden werden an die englischen Behörden das Ersuchen um Auslieferung der in London verhafteten Fälscher der polnischen Staatsanleihen richten.

**Wer spendet?**  
einen gebrauchsfähigen  
**Vervielfältigungsapparat**  
für eine Gruppe illegaler Kämpfer?  
Mitteilungen erbeten an die Verwaltung des „Sozialdemokrat“, Prag XII., Fochová 62.

